

HELMUT WEGNER
DIE ENTWICKLUNG DER JAPANISCHEN POLITIK IN
DEN SOMMERMONATEN

DR. WERNER HANDKE
DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG
IN JAPAN IM SOMMER 1974

DIE BEIDEN VORTRÄGE WURDEN AM
25. SEPTEMBER 1974 GEHALTEN.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT
FÜR NATUR- UND VÖLKERKUNDE OSTASIENS

VORWORT

Mit diesem kleinen Heft beginnt die OAG eine neue Reihe mit dem Namen "OAG-aktuell". In dieser Reihe sollen Beiträge veröffentlicht werden, die - wie der Name sagt - aktuell sind und sich für die größeren Veröffentlichungen der OAG eignen. Die Reihe soll in unregelmäßigen Abständen fortgesetzt werden und wird allen Mitgliedern der OAG zugehen - soweit die jeweilige Auflage reicht, steht sie auch anderen Interessenten kostenlos zur Verfügung.

Dieses erste Heft geht zurück auf eine Vortragsveranstaltung in der OAG, die am 25. September 1974 stattgefunden hat. Es handelt sich um die Manuskripte der Vorträge von Herrn Botschaftsrat Dr. Werner Handke, Leiter der Wirtschaftsabteilung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokyo, und von Herrn Botschaftsrat Helmut Wegner von der politischen Abteilung der Botschaft.

Die OAG ist beiden Herren zu Dank verpflichtet, daß sie ihre Manuskripte zur Verfügung gestellt haben.

Tokyo, im Januar 1975

Peter Rodatz
(Vorsitzender der OAG)

Die Entwicklung der japanischen Politik in den Sommermonaten

Zitat aus R.M. Rilke "Herbsttag"

Herr: Es ist Zeit. Der Sommer war sehr groß.
Leg' Deinen Schatten auf die Sonnenuhren,
und auf den Fluren laß die Winde los

...

Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr.

Der Leitgedanke liegt im letzten Satz (...). Die Entwicklung eines Jahres, den Sommer mit eingerechnet, ist nicht mehr umzudrehen, nicht mehr zu verändern. Sie scheint etwas Endgültiges zu haben. Das Jahr hat noch drei Monate. In diesen drei Monaten kann die Regierung keine Versäumnisse mehr einholen, nichts mehr richtungweisend Neues beginnen. Es ist ein Laufenlassen, bestenfalls ein Fortführen. Der Herbst wäre Erntezeit, aber auch in der Politik ist dort nichts zu ernten, wo nichts gesät worden ist. Würde jetzt gesät werden, so würden sich für dieses Jahr keine Resultate mehr zeigen.

"Der Sommer war sehr groß", damit kann man sagen, daß er politisch sehr unruhig war. Als die Sommerferien begannen, standen die Oberhauswahlen vor der Tür. Allen Beteiligten war klar, daß es sich um kritische Wahlen handeln würde. Die Regierungspartei LDP des Ministerpräsidenten Tanaka mußte um jeden Preis versuchen, ihre prekäre Mehrheit im Oberhaus zu halten. Die LDP regiert mit absoluter Mehrheit in beiden Häusern. Diese Mehrheit ist für das reibungslose Funktionieren der Gesetzgebungsmaschinerie und Regierungstätigkeit unerläßlich. Bei einem Verlust der Mehrheit im Oberhaus hätten die Oppositionsparteien mit Ausnahme des Staatshaushalts und internationaler Verträge alle Gesetzgebungsmaßnahmen blockieren können. Die LDP hat daher einen verbissenen Wahlkampf geführt. Dabei sind auch unter Abzug der Inflation die bisher höchsten Summen für den Wahlkampf ausgegeben

worden. Ein Nachspiel zeigt die Affaire ITOYAMA, bei der es sich um finanzielle Vergehen gegen das Wahlgesetz mit beachtlichen Summen handelt, die LDP hat dabei auch die letzte Trumpfkarte ausgespielt, über die sie verfügte. Sie brachte ihre Beziehungen zu den Kreisen der Großindustrie ins Spiel. Neu war dabei, daß die Industrie nicht nur als Geldgeber in Erscheinung trat. Vermögende Industriegruppen unterstützten bestimmte Kandidaten mit einer Art unbegrenzter Haftung oder Nachschußpflicht für die Wahlkampfkosten unmittelbar. Bei diesem System, dessen Funktionieren vorausgesetzt war, glaubte man, den Wahlkampf sicher gewinnen zu können. Die Siegeszuversicht der Konservativen und die stabilen Verhältnisse in Japan standen zu diesem Zeitpunkt in krassem Gegensatz zu den unerfreulich labilen Verhältnissen in fast allen anderen industrialisierten Demokratien: "Watergate" in Amerika, Rücktritt des Bundeskanzlers in Deutschland, Tod des französischen Präsidenten Pompidou, Wirren in Italien, Unsicherheit über die Mehrheitsverhältnisse und den künftigen Kurs der Regierung in England und Dänemark. Man könnte die Liste beliebig fortsetzen bis nach Kanada, Argentinien und Chile. Japan bot insbesondere nach der Lohnwelle des Frühjahrs das Bild einer ruhigen Insel im Sturm.

Dieses Bild zerbrach bei den Oberhauswahlen. Es zeigte sich, daß Japan doch keinen Ausnahmefall darstellte. Die Rechnung der Regierungspartei war nicht aufgegangen. Bitte werfen Sie einen Blick auf die Wahlergebnisse:

LDP	62 Sitze	verloren	8/ 44,34%	verloren	0,14%
SPJ	28 "	gewonnen	3/ 15,18%	verloren	6,9 %
Komeito	14 "	gewonnen	1/ 12,09%	verloren	2 %
KPJ	13 "	gewonnen	9/ 9,37%	gewonnen	1,31%
DSP	5 "	verloren	1/ 5,92%	verloren	0,19%
Unabh.				gewonnen	7,11%

Nach gegenwärtiger Zählung verfügt die LDP über 127 von insgesamt 252 Stimmen im Oberhaus. Damit also 1 Stimme Mehrheit. Allerdings scheiterte ein Mißtrauensantrag gegen Ministerpräsident Tanaka im Sommer mit einer Mehrheit von 7 Stimmen für Tanaka .

(Sitzverteilung im Oberhaus: LDP 127, SPJ 62, Komeito 24, KPJ 20, DSP 10, Niin-Club 4, Unabhängige 5)

Bei diesem Stand gelang es der Regierungspartei nur mit äußerster Mühe, die Mehrheit eben noch zu erhalten. Sie konnte auf diese Weise vermeiden, entweder als Minderheit von Fall zu Fall Kompromisse schließen zu müssen, oder aber zu einer Koalition gezwungen zu werden.

Dies war die 2. Wahl nach den Unterhauswahlen vom 10. Dezember 1972 die Ministerpräsident Tanaka nicht gewonnen bzw. je nach dem Standpunkt des Betrachters verloren hat. Die Gründe sind schnell aufgeführt:

1. Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Inflation, war zu einer größeren politischen Belastung geworden, als vorausgesehen.
2. Die Partei war innerlich nicht stark genug, um den Wahlkampf mit voller Kraft und Glaubwürdigkeit zu führen. Ein bekannter Fall war das Tauziehen um die Kandidatur für einen Sitz der Präfektur Tokushima. Dort wurde ein LDP-Kandidat von dem Vize-Ministerpräsidenten Miki und ein anderer von Ministerpräsident Tanaka persönlich unterstützt, weil man sich hier wie auch in anderen Fällen nicht auf eine gemeinsame Strategie und Plattform einigen konnte. Der Kandidat von Tanaka fiel durch.
3. Die LDP hatte die Chancen zu einer Wahlrechtsreform verpaßt.
4. Einige Oppositionsparteien zeigten sich in ihrer Wahlkampfstrategie geschlossener und effektiver als man angenommen hatte.

Mit der verlorenen Wahl sank auch der Stern des Ministerpräsidenten. Als erster verließ ihn der stellvertretende Ministerpräsident Miki und schied aus dem Kabinett aus. Wenig später folgte ihm der Finanzminister Fukuda, der als die Säule der wirtschaftlichen Stabilitätspolitik gegolten hatte. Damit war eine kleine Kabinettsumbildung erforderlich. Wichtiger als diese Kabinettsumbildung war allerdings die Tatsache, daß damit eine Art "große Koalition" innerhalb der LDP ihr Ende gefunden hatte. Bis zum Sommer stand die Regierung auf der breiten Grundlage aller sogenannten Faktionsführer: Tanaka, Miki,

Fukuda, Ohira und Nakasone. Dies hatte den Vorteil einer maximalen Kooperation. Gleichzeitig konnten die Führer der Faktionen dem Ministerpräsidenten als Rivalen und Anwärter auf seine Nachfolge weniger gefährlich werden, weil sie eine gewisse Kabinettsdisziplin zu wahren hatten. Nunmehr ist der linke Flügel unter Miki wieder freier. Schon spricht man von einem denkbaren Auseinanderfallen der LDP und der Bildung einer Mitte-Links-Koalition mit Miki. Selbst Fukuda wird in dieses Spiel möglicher neuer Konstellation mit einbezogen, obwohl sein Ausscheiden eher ein Zerbröckeln der Mitte bedeutet. In jedem Fall sind die Weichen gestellt für den Kampf um die Wahl des Parteivorsitzenden und damit Ministerpräsidenten von Japan im Sommer 1975. Das eingangs erwähnte Zitat enthielt den Satz "Und auf den Fluren laß die Winde los". Diesen Herbststurm werden wir jetzt erleben, sobald Tanaka von seinen Auslandsreisen zurück ist und das Parlament wieder arbeitet. Es wird darum gehen, mit den dringendsten Tagesproblemen fertig zu werden. Große Pläne, wie der Tanaka-Plan zur Reform der japanischen Inseln, dürften verläufig zu einem Stück Historie reduziert worden sein. Wie eingangs gesagt "Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr".

Daran ändert auch der Blick auf die Außenpolitik nichts. Im Gegenteil. Der Sommer war überschattet von den koreanischen Problemen, die sich durch das Attentat auf Präsident Park, dem seine Frau zum Opfer fiel, verschärft haben. Der Attentäter und seine Gruppe kommen aus Japan. Bei dem Attentäter selbst handelt es sich um einen in Japan aufgewachsenen Koreaner. Die starke koreanische Minderheit in Japan (ca. 660.000) wurde damit wieder einmal zu einer Belastung für die japanisch-koreanischen Beziehungen. Sie zerfällt grob gesagt in zwei Gruppen, eine pro-Süd, eine pro-Nord. Innerhalb der süd-koreanischen Gruppe gibt es wiederum Anhänger und Gegner des gegenwärtigen Regimes in Seoul. Diese Koreaner verfügen über gewisse Verbindungen zu ihrem Heimatland und sorgen für Reibungspunkte zwischen den jeweiligen Regierungen. Dabei wird auch die japanische Innenpolitik mit einbezogen. Es gibt keine einheitliche Haltung gegenüber diesen koreanischen Gruppen. Es finden sich genug einflußreiche Kreise und zuweilen sonderbare Allianzen, die der einen oder anderen Gruppe ihre Unterstützung geben. Auf diese Weise ist ein gordischer Knoten entstanden, der auf einen Alexander wartet, um ihn zu lösen.

Auch im Falle des Attentats konnte es die Regierung keiner Partei rechtmachen. Am 19.8. nahm Ministerpräsident Tanaka sogar am Staatsbegräbnis für Frau Park teil. Trotzdem schlepte sich ein unerfreulicher Dialog zwischen den beiden Regierungen bis in die Gegenwart.

Die Außenpolitik bietet aber wenigstens einige bessere Aussichten für die Zukunft. Das japanisch-chinesische Verhältnis ist nach dem Abschluß des Luftverkehrsabkommens enger geworden. Demnächst werden wir die Chance haben, im Direktflug binnen kürzester Zeit von Tokyo nach Peking zu gelangen. Der Bambuszaun kann damit leichter übersprungen werden.

Ein letzter Blick gilt der gegenwärtigen Auslandsreise des Ministerpräsidenten. Sie zeigt den weiten Wurf japanischer Interessen. Diese Reise in die westliche Hemisphäre ordnet sich ein in die Reisen vom letzten Herbst nach Europa, vom Jahresanfang nach Südostasien und in die für den Spätherbst vorgesehene Reise nach Australien, Neuseeland und Burma. Diese erstaunliche Diversifizierung der japanischen Interessen soll das weltweite japanische Wirtschaftsimperium absichern. Der Innenpolitiker Tanaka ist zum Außenpolitiker geworden, vielleicht weil er erkannt hat, daß schon viel erreicht ist, wenn der in der Welt erworbene japanische Besitzstand erhalten werden kann. Das bedeutet spätestens seit der Ölkrise die Erkenntnis, daß Japan von seinen Rohstoff-Lieferanten und Exportländern abhängig ist, während eine solche Abhängigkeit im umgekehrten Verhältnis nicht besteht. Die wirtschaftlichen Verbindungen müssen daher durch politische und kulturelle Anstrengungen untermauert werden.

Der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung in Japan im
Sommer 1974

Aus Gründen systematischer und, wie ich hoffe, verständlicherer Darstellung möchte ich zunächst von der jedem Wirtschaftsgeschehen immanenten Interdependenz absehen und Ihnen für sich und bis zu einem gewissen Grade isoliert einen Überblick über die Entwicklung in einigen Einzelbereichen bzw. zu einzelnen Problemen geben, und zwar 1) der heutige Stand der Inflation in Japan als dem Problem, das hier heute ganz deutlich im Mittelpunkt steht, 2) Wachstum der Wirtschaft Japans und damit zusammenhängende strukturelle Fragen, 3) derzeitiger Stand der japanischen Außenwirtschaftsbeziehungen, 4) Sonderfragen auf den Gebieten Energie und Währung. Diese Form der Darstellung sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das wichtigste und typischste Merkmal des Wirtschaftsablaufs der Gesamtzusammenhang ist, oft *uno actu*, manchmal mit einiger Verzögerung, manchmal mit erheblichen "timelags". Das akuteste Beispiel ist die Energiekrise, die die letztlich hinter der gerade verfügten Erhöhung der Gas- und Kraftstrompreise steht, nachdem sie unmittelbar eine Welle von Aktivitäten ausgelöst hatte, die über die Grenzen der Wirtschaft weit hinaus in die politischen Beziehungen hineinreichten.

1) Inflation in Japan

Inflation ist in Japan nichts ganz Neues. Ohne zu tief in die japanische Geschichte zurückzugehen, finden sich schon in der ersten Nachkriegszeit und dann wieder 1950 während des Korea-booms Perioden mit erheblichen Preissteigerungen. Aber das war damals eine ganz andere Situation. Damals Knappheit, ja, wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit, echte Not bei den wichtigsten Versorgungsgütern, heute Inflation im Überfluß, jedenfalls wenn man von einigen vorübergehenden, so trivialen Engpässen wie Toilettenpapier absieht, die letztlich den heutigen Zustand der gewohnheitsmäßigen Überflußgesellschaft nur unterstreichen.

Wie konnte es passieren, daß Japan, das in den 60er Jahren und noch bis 1972, ja bis zur Jahreswende 1972/73 eine Insel der Stabilität war, in das Inflationskarussell geriet, aus dem es heute kein Entrinnen zu geben scheint?

Die Inflation begann mit einer typischen Konjunkturaufschwungsphase, etwa Mitte 1972 von der Nachfrageseite her mit einem Schwerpunkt im Bausektor und Ausstrahlungen, z.B. besonders auf die Eisen- und Stahlindustrie. Einzelne Engpässen begannen sich, vor allem im Investitionsgütersektor, zu bilden, an denen sich der Preisauftrieb entzündete. Hinzu kam nun die Wirkung der steigenden Weltrohstoffpreise und zwar bereits vor der Energiekrise. Als dann einmal die Preise zu steigen begannen, stellte man sich darauf ein. Die berühmte Inflationsmentalität, die das Inflationskarussell in Bewegung hält, trotz schärfster Gegenmaßnahmen, war da. Will man die Inflation im Jahre 1974, als sie einmal im Gang war, einzelnen Faktoren zuordnen, so läßt sich etwa sagen: zur Hälfte dem ansteigen der Importpreise, zu einem weiteren Drittel der Inflationsmentalität, d.h. dem psychologischen Faktor weiterer Inflationserwartung, und nur der kleine Rest noch auf die eigentliche Angebotssituation; auch die steigenden Arbeitslohnkosten schlagen verhältnismäßig wenig zu Buch. Mit Zahlen habe ich Sie soweit verschont; am Schluß nur zwei Angaben:

- i) Während im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1970 die Preissteigerungsrate in Japan bei jährlich 5,6% gelegen hatte, erreichte die Steigerung der Verbraucherpreise von Juli 1973 auf Juli 1974 rd. 25% (genau 23,4%), der Großhandelspreise rd. 35% (genau 34,2%).
- ii) Eine Inflationsrate Japans von 25% (Verbraucherpreisindex 1973 auf 1974) vergleicht sich in etwa mit einer entsprechenden Rate in Deutschland von 8 1/2% bzw., im Durchschnitt aller OECD-Länder, d.h. aller westlichen Industrieländer (für die 12 Monate bis April 1974 einschließlich von 13 1/4%); die nach Japan nächsthöchste Inflationsrate hatte Italien mit 19%.

2) Das zweite Problem in unserem Katalog: Wachstum und damit zusammenhängende strukturelle Fragen. Zwei Aspekte sind zu unterscheiden, einmal die tatsächliche Entwicklung, zum zweiten ein ideologischer Wandel oder zumindest der Beginn

eines solchen. (Beides hängt eng miteinander und der Inflation zusammen.)

- i) Im Jahre 1973 war mit einer realen Zunahme des Brutto-sozialprodukts von + 10,5% das Wachstum für japanische Verhältnisse durchaus normal, keinesfalls übersteigert oder überhitzt. In der Dekade von 1960 - 1970 lag die Wachstumsrate bei durchschnittlich jährlich + 11%. Innerhalb des Jahres 1973 war das Wachstum jedoch uneinheitlich; es sank nach einer Spitze im 1. Quartal (Zunahme mit einer Jahresrate von über 16%) deutlich auf eine Jahresrate von rd. 2% schon ab 2. Quartal ab.

Ab zweitem Quartal 1973 datiert also ein Zustand der Inflation mit Stagnation vereint, für den sich der Begriff "Stagflation" eingebürgert hat. Im 1. Quartal 1974 schrumpft dann das Sozialprodukt um - 5% - ein erstmaliges Phänomen für japanische Verhältnisse. Im zweiten Quartal entwickelte sich die japanische Wirtschaft dann ± 0 . Ein Wiederaufschwung ist nicht abzusehen. - Etwa ab Sommer 1974 spätestens begann die Stagnation auch auf die Gewinne durchzuschlagen und, obwohl dies sonst unter japanischen Verhältnissen um jeden Preis zu vermeiden gesucht wird, auch auf dem Beschäftigungsstand, jedenfalls in der indirekten Form, daß weniger Neueinstellungen erfolgen.

Erstmals haben in diesem Sommer die Stellengesuche die Stellenangebote überschritten, und man rechnet damit, daß die immer noch sehr niedrige Arbeitslosenrate von 1,1% (Juni) bis Januar 1975 auf 1,7% ansteigt. Die industrielle Kapazitätsausnutzung sank auf 90% (1970=100%). Für den Rest des Jahres wird, wie gesagt, mit keiner nennenswerten Belegung gerechnet. Nach ursprünglich optimistischeren Prognosen wird jetzt für das Kalenderjahr 1974 der für Japan ganz ungewöhnliche Zustand des "Null-Wachstums" vorhergesehen.

- ii) Diese Stagflation - aber auch einige andere Probleme, die sich als weniger einfach "machbar" herausstellten, als dies im positivistischen und optimistischen Japan für möglich gehalten wurde, bahnten eine Änderung der wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen und darüberhinaus der materiellen Zielvorstellungen des Japaners überhaupt an. Man spricht von einer "Wende". Jede Zeit neigt dazu, und

hat das Recht, sich selbst zu dramatisieren und ernster zu nehmen, als es die Geschichte im Rückblick wohl tun wird. Dennoch erscheint einiges wahre und echte an der diesmaligen "Wende" zu sein.

Auch in Japan glaubt man, "Grenzen des Wachstums" zu sehen. Die ungewöhnliche Resonanz, die die Jahrestagung des "Club of Rome" in Tokyo im Herbst 1973 hatte, der hier und anderwärts mit der Erkenntnis eben der Grenzen des Wachstums identifiziert wird, war bezeichnend. Mit wachsendem Wohlstand wächst das Unbehagen, ob sich darin der Sinn des Lebens erschöpft, ob man nicht tatsächlich doch mehr als ein "Genußtier" "Economic Animal" sei. Man erkennt, daß sich wesentliche Lebenswerte nicht so einfach "kaufen" lassen, wie zum Beispiel solche im Verhältnis Mensch zur Natur, die durch die Umweltverunreinigung gestört sind, oder von Mensch zu Mensch, die ein Prozeß der sozialen Gärung zusammen mit dem traditionellen Gesellschaftsgefüge in Frage stellt.

Konkrete Vorschläge, wie diese noch unklaren Vorstellungen wirtschaftspolitisch bewältigt werden können, liegen noch kaum vor. Ministerpräsident Tanaka hatte das Verdienst, mit seinen Vorschlägen zur Umgestaltung der japanischen Inselwelt dieser Stimmungslage als erster intuitiv vorausgesehen und ihr am frühesten Rechnung getragen zu haben. Bezeichnend war, daß sich 1974 die Kontroverse Tanaka-Fukuda nicht in den Positionen "hier Wachstum, dort Stabilität" erschöpfte, sondern viel stärker auch nach einer strukturpolitischen Antinomie gesucht wurde. Fukuda stellte deswegen dem Tanaka-Konzept der regionalen Umgliederung sein Konzept der Verbesserung der Qualität des Lebens gegenüber. Tatsächlich schließt eines das andere nicht aus, ja eines ist, unter japanischen Verhältnissen, die notwendige Ergänzung des anderen. Wenn mich nicht alles täuscht, werden wir über diese Probleme in Japan noch viel mehr hören, vor allem wenn sich nach dieser Phase der Stagflation und dem Vorrang der Inflationsbekämpfung der strukturpolitische Spielraum wieder weitet. Schon jetzt gewinnen bestimmte Aspekte der Lebensqualitätsverbesserung akutes Interesse, so wenn sich das japanische Wirtschaftsministerium mit den Kosten der Freizeitbeschäftigung des Japaners

befaßt. Man vergegenwärtige sich, was geschieht, wenn plötzlich 100 Millionen Japaner anfangen, nach deutschem Muster in den Urlaub zu reisen.

3) Außenwirtschaftliche Probleme

Außenwirtschaftlich erlebten wir 1973 und 1974 die Umkehr des bis dahin steigenden Yen-Kurses und des bisherigen japanischen Zahlungsbilanzüberschusses. Dennoch -oder richtiger: gerade deswegen- war das vergangene Jahr, im Gegensatz zu dem Eindruck, den dramatisierende Meldungen über die Entwicklung der japanischen Zahlungsbilanz, die ab März 1973 mit einem Ruck ins Defizit geriet, erweckt haben mögen, außenwirtschaftlich ein relativ problemloses Jahr. Die japanische Überschußposition war weltwirtschaftlich, insbesondere von den USA, als Störungsfaktor angesehen worden. Ihr Abbau galt folgerichtig als "Normalisierungsprozeß". So hat ihn die japanische Regierung und so haben ihn die internationalen Organisationen, wie OECD, und internationaler Währungsfonds tatsächlich auch interpretiert.

Übrigens war und ist das Defizit vornehmlich eine Folge des Kapitalausflusses. Ihm steht der Aufbau von japanischen Vermögenswerten im Ausland gegenüber. Im Warenverkehr wies Japan bis Ende 1973, und gerade jetzt im Juni und Juli 1974 erneut, einen Überschuß auf.

Nur folgerichtig wurde außenwirtschaftlich von Radikalkuren abgesehen. Japan hielt an dem erreichten Liberalisierungsstand im Außenhandel und Kapitalverkehr fest. Wie Sie wissen, wurde im September 1973 die neue GATT-Liberalisierungsrunde in Tokyo inauguriert. Es war symbolisch, daß dies mit einer Konferenz gerade in der japanischen Hauptstadt geschah. Japan ist heute in der Weltwirtschaftsordnung ein voll gleichberechtigter und gleichberechtigter Partner als Endstation eines Prozesses, der 1964 mit dem Beitritt Japans in die OECD begonnen hatte.

Lassen Sie mich kurz noch zwei oder drei außenwirtschaftliche Neben-Aspekte anrühren, die sich ebenfalls unter "Normalisierung" einreihen lassen:

- i) Mit dem Abschluß des Handelsvertrages mit der VR China

haben sich auch Japans Osthandelsbeziehungen normalisiert, ohne, daß man die Auswirkungen überschätzen sollte. Auch nach einer Verdoppelung des japanischen Osthandels im ersten Halbjahr 1974 gegenüber dem 1. Halbjahr 1973 macht dieser nur rund 6%, - davon der China-Handel allein etwas unter 3% - des japanischen Gesamthandels aus.

- ii) Als "Normalisierung" läßt sich auch für ein wirtschaftlich so bedeutendes Land wie Japan die starke Zunahme der Kapitalausfuhr ansehen, die, wie bereits gesagt, zu einem wesentlichen Teil der Passivierung der Zahlungsbilanz zugrunde-lag und liegt. Japans Auslandsinvestitionen haben 1974 die 10-Mrd.-Dollar-Grenze überschritten. Rund 5 Mrd. Dollar sind davon Direktinvestitionen. Dies ist absolut - im internationalen Vergleich - nicht so sehr viel. Aber die Steigerungsrate war und ist doch ungewöhnlich und warf und wirft doch, vor allem in einigen asiatischen Ländern, ähnliche Probleme auf, wie seinerzeit die schnelle Steigerung der japanischen Exporte.

4) Energie- und Währungsfragen

Bei meinen Bemerkungen über die letztjährige außenwirtschaftliche Entwicklung habe ich bewußt ein Problem ausgeklammert, nämlich die Energiekrise und ihre außenwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Energiekrise hat, wie sich rückblickend feststellen läßt, eigentlich weniger akute Auswirkungen gehabt als man in ihrem Höhepunkt -etwa im November oder Dezember letzten Jahres- befürchtet hatte. Die Energiekrise wirkte letztlich nicht so sehr über die mengenmäßigen Beschränkungen als vielmehr über die Preise. Die gestiegenen Mineralölpreise sind, zusammen mit anderen gestiegenen Rohstoffpreisen, jedenfalls ab Anfang 1974, zu zwei Drittel für die Inflation verantwortlich. Sie haben, zum zweiten, das Defizit der japanischen Handelsbilanz verursacht.

Die Handelsbilanzbelastung der Industrieländer insgesamt aus der Verteuerung des Mineralöls wird von der OECD auf 50 Mrd. \$ jährlich geschätzt. Und sie hat schließlich dadurch zu einem sehr akuten Problem geführt, nämlich der derzeitigen Devisen-Illiquidität als Folge des erhöhten Finanzierungsbedarfs einerseits, und, die andere erfüllte Voraussetzung, den Finanzierungsschwierigkeiten über den Euro-Geldmarkt als nicht zuletzt psychologische Rückwirkung der Herrstatt-Pleite und

darauffolgender ähnlicher Fälle, um hier zum Abschluß noch einen Zusammenhang aufzuzeigen.

5) Ausblick

Eigentlich interessiert das, was gewesen ist, nur im Hinblick auf das Wissen, was in der Zukunft geschehen könnte. Müssen wir nun in einer Phase der Stagflation und bei so enttäuschenden Ergebnissen einer in sich durchaus konsequenten japanischen Wirtschaftspolitik nun auch mit schwärzesten Pessimismus in die weitere Zukunft blicken? Ich glaube, daß ein solcher Schluß zu voreilig wäre. Der Zeitraum eines Jahres ist zu kurz, um die Hypothesen schon als völlig irreal anzusehen, wonach Japan im Jahre 1990 die USA im Pro-Kopf-Einkommen und im Jahre 2000 im absoluten Wert des Sozialprodukts einholen und danach überholen könnte. Die Überlegungen, die Wachstumsrate zu "drosseln", sind in vieler Hinsicht mehr "philosophisch" als praktisch. Der derzeitigen wirtschaftspolitischen "low posture" liegt eher die Furcht vor Friktionen als vor dem Wachstum an sich zugrunde. Die Philosophie des niedrigen Wachstums läßt sich als eine neue Art der Selbstbeschränkung betrachten, mit ähnlichen Motiven und Zielen wie im Export oder bei den Auslandsinvestitionen, d.h. die Expansion letztlich nicht zu drosseln, sondern zu lenken und erträglich zu gestalten und dadurch das gleiche oder ein noch höheres Endergebnis friktionsloser zu erreichen.

Die Sonderfaktoren, die seit Ende der fünfziger Jahre, also über einen Zeitraum von fast 15 Jahren, von einigen Ausnahmejahren abgesehen, eine Wachstumsrate von über 10% (real) bewirkt haben, -hohe Sparrate, hohe Arbeitsproduktivität- haben ihre Wirksamkeit nicht verloren, Die bisherigen hohen Wachstumsraten sind nicht, wie anderwärts, ausnahmeweise und nur annähernd in einem Stadium inflatorischer Überhitzung, sondern, jedenfalls bis 1972, unter stabilen Verhältnissen erreicht worden. Zugegeben, daß das Zinsniveau niedriger und die Finanzierung leichter waren als unter dem derzeitigen wirtschaftspolitischen Restriktionskurs. Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts lehren jedoch, daß in Japan Stabilität und Wachstum einander nicht ausschließen.

Abgesehen von einer hohen Spar- und Investitionsrate wird das schnelle Wachstum in Japan durch die Entwicklung der

Produktivität bedingt, die im Jahre 1973 mit +20% ungewöhnlich stark zugenommen hat. Für eine so außerordentliche Steigerung gibt es nur die Erklärung, daß die japanische Wirtschaft noch über erhebliche Produktivitätsreserven verfügt, was sich auch mit dem hier als ersten Eindruck zu gewinnenden Bilde noch ungewöhnlich hoher Arbeitsextensität deckt.

Auf der Passivseite bleiben allerdings der Nachholbedarf in der wirtschaftlichen, technischen und sozialen Infrastruktur, dessen Deckung ganz erhebliche Anstrengungen erfordern wird. Aber gerade dadurch könnten neue, nicht vorhersehbare Produktivkräfte freigesetzt werden, die sich eher und stärker im Wachstum niederschlagen, als man jetzt annehmen mag und die letztlich ein gesünderes, d.h. langfristig geischerteres Wachstum, wenn auch vielleicht nicht von 10% - 12%, so doch von 6% - 8%, ermöglichen.